

Herausgeber: Drei Quellen-Verlag GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Tel (0511) 85 05 - 349, Fax (0511) 85 05 - 201
Email: vertrieb@drei-quellen-verlag.de

Redaktion: Anne Maria Zick
Tel (0511) 34 25 55, Fax (05 11) 348 0215
Email: rundblick@drei-quellen-verlag.de

Bezugspreis 111,- € im Quartal, Z.-Nr. H 2871
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich
Internet: www.rundblick-niedersachsen.de



Jahrgang 2012/Nr. 043

1. März 2012

McAllister: Privates Lokalfernsehen bereichert die Medienlandschaft

(rb) Hannover. Der zu Beginn des vergangenen Jahres in Niedersachsen erstmals zugelassene private Lokal- und Regionalfunk hat sich bewährt. Die Sender und Verlage haben die Chancen des neuen Gesetzes aktiv genutzt und mit bisher acht neu gegründeten kommerziellen TV-Stationen für zusätzliche Lokalnachrichten, für mehr Transparenz und eine stärkere regionale Identität gesorgt. Diese positive Zwischenbilanz des neuen Landesmediengesetzes haben Ministerpräsident David McAllister, der Direktor der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM), Andreas Fischer, und die NLM-Versammlungsvorsitzende Ortrud Wendt am Mittwoch in Hannover gezogen. In vielen Regionen des Landes seien neue Sender gegründet oder sogenannte Mediendienste zu vollwertigen Fernsehprogrammen ausgebaut worden. Der Bürgerfunk werde durch die Neuerungen nicht angetastet und habe auch künftig wichtige Funktionen in lokalen und regionalen Kommunikationsräumen, betonte McAllister. Derzeit nutzen os1.tv in Osnabrück, ev1.tv in Lingen, FAN Television in Dörverden sowie die drei Heimat-Live Sender in Cuxhaven, Leer und Cloppenburg die zur Verfügung stehenden Kabelkapazitäten. Hinzu kommen der Friesische Rundfunk in Sande und regioTV in Cloppenburg beziehungsweise Lohne. Insgesamt sind mit dem Sendebetrieb 104 Menschen beschäftigt. Das mehrfach für die Region der Landeshauptstadt angekündigte Hannover-TV könnte nach derzeitigem Stand Ende des Jahres auf Sendung gehen. Die NLM kündigte an, dass nun auch der Start des kommerziellen Lokalfunks nach erfolgreicher Frequenzsuche im dicht belegten UKW-Band in Vorbereitung sei. In den Regionen Braunschweig-Wolfsburg, Hannover und Oldenburg liefen bereits die Ausschreibungen für die freien UKW-Frequenzen. Osnabrück werde bald folgen. Danach müsse die NLM-Versammlung noch über die Zuweisung der Frequenzen an die Lokalfunkveranstalter entscheiden. Das alles dauert dem Medienexperten der FDP-Landtagsfraktion, Klaus Rickert, zu lange. Die Bundesnetzagentur habe sich viel Zeit gelassen bei der Frequenzsuche. Er hätte sich mehr Tempo gewünscht, schließlich sei das Mediengesetz vor einem Jahr nicht vom Himmel gefallen, meinte Rickert. Je mehr Lokalsender in Niedersachsen Fuß fassten, umso mehr würden auch die landesweiten Sender über lokale Ereignisse berichten, hofft er. Dagegen sehen die Landtagslinken im kommerziellen Lokalfunk nach wie vor eine „existenzielle“ Bedrohung der Bürgermedien und fordern für sie eine erhöhte Grundförderung, damit die Sender in neue Technik investieren und ihre Mitarbeiter „angemessen“ bezahlen könnten.

Übersichtliche Tagesordnung im Bundesrat

(rb) Berlin/Hannover. Im Vergleich zu der umfangreichen Sitzung des Bundesrates im Januar ist die aktuelle Tagesordnung der Bundesratssitzung am Freitag mit 36 Punkten kurz und übersichtlich. Von Bedeutung ist gleich der erste Punkt, das Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, das eine umfassende Reform im Sinne der Rentenreform nachholt. Die Länder haben im Vorfeld beim Bund darauf gedrungen, dass die Rentenberatung in der Fläche weiter sichergestellt wird. Der Bund wollte da bislang nicht mitgehen. Einige Länder erwägen daher die Anrufung des Vermittlungsausschusses (VA), Niedersachsen nicht. Das gilt auch für den zweiten Punkt, das Gesetz zur Durchführung internationaler Gesundheitsvorschriften, das das Verhalten im internationalen Reise- und Handelsverkehr regeln soll, vor allem bei Schiffen und Flugzeugen in den großen Häfen und Flughäfen. Niedersachsen ist mit dem JadeWeserPort in Wilhelmshaven betroffen. Die Häfen müssen künftig ei-

ne umfangreiche Mindestausstattung vorhalten. Das kostet viel Geld zu Lasten der Länder. Niedersachsen wird sich vermutlich enthalten. Der Änderung des Strafgesetzbuches und die Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände der Strafzumessung will Niedersachsen dagegen zustimmen, obwohl die FDP der Meinung war, es handele sich um bloße Symbolpolitik. Außerdem geht es im Bundesrat einmal mehr um die Legehennen. Der Bund will eine Übergangsfrist bis ins Jahr 2035, die Länder kürzere Fristen. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz schlagen eine Frist bis 2023, längstens 2025 vor. Landwirtschaftsminister Gert Lindemann erwägt, dazu zu reden. Als eines der Hauptthemen gilt der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Gründung einer Datei wie der Anti-Terror-Datei. Niedersachsen ist im Grundsatz dafür. Beim letzten Tagesordnungspunkt, einer Bundesrats-Entscheidung zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes zum Schutz deutschflaggiger Schiffe vor Piratenangriffen, will Innenminister Uwe Schünemann reden. Dabei soll auch die Zertifizierung privater Sicherheitsdienste geregelt werden, die den Schutz übernehmen sollen. Allerdings wollen die Länder, dass der Bund in schweren Fällen eigene Kräfte einsetzt. Schünemann streitet darüber noch mit dem Bundesverteidigungsminister.

Personen und Positionen

(rb) **Dr. Matthias Nagler**, Büroleiter von Justizminister **Bernd Busemann**, leitet ab 1. März als Nachfolger von **Georg Weßling** die Pressestelle des Ministeriums in Personalunion. Weiterhin wird auch **Jörn Westermann** Ansprechpartner für die landespolitischen Journalisten sein. Wie berichtet, ist Weßling zum 1. März als Referatsleiter in das Kultusministerium zurückgekehrt.

(rb) Ministerialrätin **Dr. Sonja Gerlach**, Büroleiterin von Wissenschaftsministerin **Prof. Dr. Johanna Wanka** und dort auch zuständig für die landespolitische Koordinierung, das Kabinett und den Landtag, wird das Amt einer Ministerialrätin nach B2 verliehen.

Am Rande:

Aderlass

(rb) Nach einem niedersächsischen Gesetz der Serie findet im Landesparlament alle 20 Jahre ein umfassender personeller Austausch statt. Aus den „Neuen“, die dann in den Landtag gewählt werden, rekrutiert sich häufig die politische Elite, die in den folgenden 20 Jahren das Sagen hat. Der legendäre Jahrgang 1974 etwa hat allein vier spätere Kultusminister hervorgebracht – Ernst-Gottfried Mahrenholz und Rolf Wernstedt von der SPD sowie Georg-Bernd Oschatz und Horst Horrmann von der CDU –, aber auch Landtagspräsident a.D. Jürgen Gansäuer (CDU) und dessen Parteifreund Josef Stock, den letzten Innenminister unter Ministerpräsident Ernst Albrecht, sowie Walter Hirche (FDP), der Wirtschaftsminister in den unterschiedlichsten Kabinetten gewesen ist.

Eine vergleichbare Bilanz kann der Jahrgang 1994 aufweisen, in dem sich vor allem die späteren Führungskräfte der CDU in den Regierung Wulff und McAllister finden, angefangen von Christian Wulff selbst bis zu den Ministern Uwe Schünemann, Bernd Buse-

mann, Bernd Althusmann, Lutz Stratmann und Hans-Heinrich Ehlen sowie Landtagspräsident Hermann Dinkla.

Für die Landtagswahl 2013 kündigt sich nun erneut ein massiver Aderlass an und damit eine neue Politikergeneration. Insbesondere in den beiden großen Fraktionen wird eine ganze Reihe prominenter Vertreter aus dem aktiven Politikgeschäft ausscheiden. Darunter sind von der CDU Landtagspräsident Dinkla und der ehemalige Wissenschaftsminister Lutz Stratmann sowie Finanzminister Hartmut Möllring, der aparterweise seinen Hildesheimer Wahlkreis an die eigene Ehefrau vererben möchte; die frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Möllring ist Landesvorsitzende der Frauen Union.

Noch größer ist der Aderlass bei der SPD. Neben dem dienstältesten Parlamentarier, dem ehemalige Finanzminister Heiner Aller (SPD), seit 1982 dabei, wird auch Landtagsvizepräsident Dieter Möhrmann, der dem Landtag mit Unterbrechungen fast genau so lange angehört hat, mit knapp 65 Jahren aus dem

Parlament ausscheiden. Derselbe Jahrgang ist Landesminister und Fraktionschef a.D. Wolfgang Jüttner, eine der zentralen Identifikationspersönlichkeiten der niedersächsischen Sozialdemokraten, der ebenfalls die große politische Bühne verlassen wird. Insgesamt werden zwölf SPD-Abgeordnete der jetzigen Landtagsfraktion nicht wieder antreten. Dazu zählen auch Fraktionschef Stefan Schostok, der Oberbürgermeister in Hannover werden will, und die ehemalige Landtagsvizepräsidentin Silva Seeler.

Sogar bei den Grünen, deren frühere strenge Satzung bislang jenseits von Jürgen Trittin die Entwicklung von Urgesteinen verhindert hat, muss mit Ursula Helmhold ab 2013 auf eine ihrer wichtigsten Vertreterinnen der vergangenen zehn Jahre verzichtet werden. Möglicherweise wird auch Enno Hagenah, der bereits seit 1998 Parlamentarier ist, ebenfalls der Landespolitik den Rücken kehren, um als neu gewählter Vorsitzender der Regions-Grünen in Hannover in die Kommunalpolitik zurückzukehren, eventuell sogar als Gegenkandidat von OB-Bewerber Schostok.

Noch völlig offen ist die Lage bei der FDP, die eher darum kämpft, bei der Landtagswahl 2013 erneut die Sperrklausel zu überwinden. In den landespolitischen Ruhestand verabschieden werden sich in jedem Fall Landtagsvizepräsident Hans-Werner Schwarz und Fraktionsvize Klaus Rickert. Der ehemalige Umweltminister Hans-Heinrich Sander, der im nächsten Frühjahr 68 Jahre alt wird, hat sich noch nicht offiziell erklärt.

Unabhängig davon, wie die Wahl ausgeht, wird sich der Landtag auf viel Veränderung einstellen müssen. Es wird nicht nur um neue Gesichter in den Fraktionen gehen und um den Verlust vertrauter Persönlichkeiten, was die einen beklagen werden und die anderen nicht. Es muss darüber hinaus auch damit gerechnet werden, dass sich das Parlament insgesamt neu zusammenfindet, sei es, weil die Fünf-Prozent-Hürde das erfordert oder weil womöglich mit den Piraten etwas ganz Neues in das Hohe Haus einzieht.

az

Weiter leichter Anstieg der Arbeitslosenzahl

(rb) Hannover. Die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen ist im Februar witterungsbedingt erneut leicht angestiegen. Sie lag bei 284 403 Personen. Das waren ein Prozent mehr als im Januar, aber 7,1 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote stieg dadurch auf 7,1 Prozent gegenüber sieben Prozent im Januar und 7,7 Prozent vor einem Jahr. Neben der Witterung begründet die Agentur für Arbeit den Anstieg damit, dass viele Absolventen von dreieinhalbjährigen Ausbildungen nicht übernommen wurden und sich arbeitslos gemeldet haben. Angestiegen sei dadurch auch die Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen. Sie sei um 1958 auf 28 102 Personen bzw. 7,5 Prozent angewachsen. Die Arbeitslosenquote in diesem Bereich beträgt jetzt 6,3 Prozent, im Januar waren es 5,8 und vor einem Jahr 6,9 Prozent. Im Vergleich zum Februar 2011 ist die Zahl der jüngeren Arbeitslosen um 2369 bzw. 7,8 Prozent zurückgegangen. Nach wie vor gut aufgestellt ist Niedersachsen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Nach den vorläufig hochgerechneten Ergebnissen vom Dezember 2011 stieg ihre Zahl um 3,3 Prozent bzw. 82 683 auf 2,57 Millionen. Niedersachsen liegt damit wie seit langem im Spitzenfeld der alten Bundesländer. Leicht gestiegen auf nunmehr 376 251 ist zudem die Zahl der sogenannten Unterbeschäftigten, das sind Personen, die in unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert werden und dadurch aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen.

Volksbegehren für guten Schulen endgültig gescheitert

(rb) Hannover. Landeswahlleiterin Ulrike Sachs hat in einer öffentlichen Sitzung des Landesausschusses das „Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen“ für gescheitert erklärt. Die Initiative, die aufgrund einer Fristverlängerung mit insgesamt über zwei Jahren einen ungewöhnlich langen Zeitraum zur Verfügung hatte, um die notwendigen Unterschriften zu sammeln, erreichte mit 254 341 gültigen Eintragungen nicht einmal die Hälfte des erforderlichen Quorums von zehn Prozent der Wahlberechtigten (608 730 Unterschriften). Ziel des Volksbegehrens war die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren, Erleichterungen bei der Gründung von Gesamtschulen sowie die Erhaltung der zu Beginn der Initiative noch bestehenden Vollen Halbtagsschulen.